

Privatisierung öffentlichen Eigentums verhindern – beim UKSH und anderswo!

Die Verwertungslogik des Kapitals bezahlen immer die Menschen

Im Jahr 2008 stand das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, kurz UKSH, auf Betreiben der damaligen CDU/FDP-Regierung vor der Vollprivatisierung. Das UKSH mit seinen Standorten in Lübeck und Kiel ist bis heute das einzige Klinikum der Maximalversorgung und größter Arbeitgeber in Schleswig-Holstein mit über zehntausend Beschäftigten, welche wiederum überwiegend weiblich sind.

Jetzt, vier Jahre später, steht das UKSH „nur noch“ vor einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft, kurz ÖPP, zur Sanierung der Gebäude, evtl. aber auch vor einer Teil-Übernahme der Kredite durch das UKSH selbst.

Die verschiedenen Landesregierungen Schleswig-Holsteins – egal in welcher Zusammensetzung – haben lange nichts in die bauliche Substanz des UKSH investiert – und das ist typisch für öffentliche Einrichtungen. Wenn dann alles marode ist, kein Geld in den kommunalen Kassen vorhanden und eine Schuldenbremse im Haushalt installiert ist – dann bleibt angeblich nur noch der Rückgriff auf private Investoren – und genau das ist die Strategie der herrschenden Klasse.

Es ist auch nicht das einzige Klinikum, von dem sich Länder und Kommunen auf Grund klammer Kassen den Heilsegen durch Verkauf erhoffen. Mittlerweile ist der Anteil privater Kliniken in Deutschland höher als z.B. in den USA. Besonders gravierend ist jedoch der Verkauf von Universitätskliniken, die eine Maximalversorgung für alle auf höchstem Standard, sowie Forschung und Lehre in öffentlicher Hand garantieren sollen.

Ganz im neoliberalen Sinn sollen Krankenhäuser wirtschaftlich geführt werden, Patient/innen werden Kund/innen und die lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen schuften bis zum Anschlag.

Der Abbau von Fachkräften und ihr Ersatz durch angelernte Helfer/innen und Assistent/innen, der Personaleinsatz aus Tochtergesellschaften – mit schlechteren Tarifen und Leiharbeitskräften – verdrängen immer mehr tariflich abgesichertes Personal und erschweren zugleich die Kampfbedingungen der Beschäftigten. Dazu kommt noch, dass es eine unüberschaubare Anzahl an Teilzeitkräften u.a. in prekären Beschäftigungen gibt, und dies betrifft natürlich vor allem die Frauen.

Die Privatisierungspläne der damaligen CDU/FDP-Regierung führten zu massenhaften Protesten der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften, den Student/innen, von Initiativen und der Bevölkerung. Diese sorgten dafür, dass das Projekt erst mal auf Eis gelegt werden musste – es war politisch nicht durchsetzbar! Das war ein riesiger Erfolg und zeigt, dass diese Breite an gesellschaftlichem Druck Pläne der herrschenden Politik durchkreuzen kann.

Das aber wird die Politik nicht auf sich beruhen lassen – und so sucht sie nach anderen Wegen: aber auch das favorisierte Modell des Sanierungs-ÖPP fand nicht viele Freunde, denn auch ÖPP ist eine Form der Privatisierung! Die Personalräte am UKSH, die Gewerkschaft ver.di, die Vertrauensleute u.a. blieben und

bleiben hartnäckig. Daher will die jetzige Landesregierung aus SPD, Grünen und SSW prüfen, ob nicht das UKSH selbst einen Teil der notwendigen finanziellen Mittel als Kredite aufnimmt.

Das ist ein schöner Trick der Landesregierung: Das UKSH selbst belastet sich mit den Krediten, die Landesregierung hält die Schuldenbremse ein, steht als Bremser von Privatisierungen gut da und der Druck auf die Beschäftigten wird kanalisiert – keine Privatisierung, aber das UKSH hätte die Schulden und dafür müsste auf Kosten der Beschäftigten noch mehr gespart werden – sie müssten solche Entscheidungen ausbaden.

Dabei wurde schon in den letzten Jahren kräftig gespart: alle sogenannten „patientenfernen“ Abteilungen (wie Küche, Boten, Reinigung usw.) wurden in Tochtergesellschaften ausgegliedert, Labore u. a. Einrichtungen zentralisiert, Sanierungstarifverträge abgeschlossen und Personal abgebaut.

Trotz aller Anstrengungen ist es dem UKSH aber nicht gelungen, schwarze Zahlen zu schreiben. Wie auch – die Kosten für die Patientenversorgung sind gedeckelt, alles was darüber hinaus an Leistungen erbracht wird, muss das Klinikum selbst tragen. Wenn jetzt das UKSH auch noch den Kredit für die Sanierungen aufnehmen soll – was eigentlich Landesaufgabe ist – steht das Klinikum binnen kürzester Zeit vor der Pleite! Den dann angeblich wieder einzigen Ausweg kennt man schon: Privatisierung auf Umwegen...

Mit dieser Politik, die mit den Reformen im Gesundheitswesen schon vor Jahren auf den Weg gebracht wurden, lässt sich kein Krankenhaus der Maximalversorgung in schwarze Zahlen fahren. Von Gewinnen gar nicht zu reden!

Alle Menschen in Schleswig-Holstein werden also weiterhin den Widerstand der betrieblichen Interessensvertretungen, der Beschäftigten, Gewerkschaften und den außerparlamentarischen Druck brauchen. Denn niemand darf sich täuschen lassen: die herrschende Politik hält an den Vorhaben des Ausverkaufs der öffentlichen Aufgaben fest – und dabei natürlich nur an denen, die profitabel im Sinne des Kapitals sind.

Mit der Schuldenbremse wurde ein Instrument geschaffen, um die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern, indem der Staatsanteil an der Gesamtwirtschaft zurückgedrängt und soziale Leistungen abgebaut werden können. Mit dieser Umverteilungspolitik werden dem Kapital neue Anlagemöglichkeiten vom Staat zur Verfügung gestellt. Die Zeche zahlen die hier die Beschäftigten und die Patient/innen im Gesundheitswesen, es trifft aber auch alle Arbeitnehmer/innen in den ehemals staatlichen Betrieben, die Steuerzahler/innen in den Kommunen, Kund/innen ehemals öffentlicher Einrichtungen, etc. – also potentiell Jede und Jeden in unserem Land!

Die Verhinderung der Privatisierung öffentlichen Eigentums muss folglich mehr als bisher Thema des Abwehrkampfes gegen die Offensive des Kapitals werden, weil sie alle Lebens-, Arbeits- und Einkommensverhältnisse der arbeitenden Menschen betrifft.

H.P.